

Postmindestlohn!

Bei PIN, TNT und anderen Briefdienstleistern ist das Geschäftsmodell auf Lohndumping mit Hungerlöhnen aufgebaut. Und auf Subventionen durch das Arbeitslosengeld II. Mit einem tariflichen Mindestlohn von acht bis 9,80 Euro geht die Rechnung nicht mehr auf.

Springer versucht die Politik mit dem Rauschmiss von 1.000 Beschäftigten bei PIN zu erpressen. Politisch soll vorgeführt werden, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze vernichtet. Auf dem Rücken von Tausenden von Kolleginnen und Kollegen! Jedoch: Ohne Postmindestlohn wären bei der Post AG bis zu 32.000 Arbeitsplätze bedroht.

Jetzt zeigt sich: Ohne Lohnsubvention durch den Staat funktioniert das Geschäft von PIN und TNT nicht. Insolvenz haben bisher die Steuerzahler hinausgezögert. Sie haben die Sozialleistungen finanziert, mit denen der Lohn auf das Lebensnotwendige aufgestockt wurde.

Eigentum verpflichtet, heißt es im Grundgesetz. Doch Springer und Konsorten nutzen den Sozialstaat maßlos aus.

Bisher hat die Regierung Lohndumping nicht konsequent bekämpft. Obwohl das Postgesetz dies vorschreibt. So sind Dumping-Raubritter ermutigt worden mit Hungerlöhnen ihr Geschäft zu machen. Damit muss jetzt Schluss sein!

